



Nr. 33/August 2008

# Immenstadt aktuell

**Stadtzeitung des SPD-Ortsvereines Immenstadt im Allgäu**

Bilanz nach 100 Tagen - der Wahlkampf ist für viele Stadträte noch nicht beendet

## **Mit dem Bürgermeister in die Zukunft oder mit der CSU in die Pleite?**

**Es ist fünf vor zwölf für Immenstadt. Obwohl in der Stadtkasse gährende Leere herrscht, entscheiden CSU-Stadträte und ihre Anhängsel »Freie Wähler und »Junge Alternative« ohne Generalplan einen Anbau ans Schulzentrum. Trotz Kostensteigerung von rund 50 Prozent und ohne Rücksicht auf Folgen**

Stadtkämmerer Siegfried Zengerle redete mit Engelszungen, die Verwaltung wiederholte gebetsmühlenartig ihre Argumente. SPD, Aktive und Grüne versuchten stundenlang, einen kurzfristigen Beschluss zu verhindern. Bürgermeister Armin Schaupp appellierte an die Vernunft - und alles für die Katz! Der rechte Flügel im Stadtrat wollte ein Exempel statuieren und dem neuen Bürgermeister zeigen, wer die Hosen anhat. Fakten wurden vom Tisch gewischt, Tatsachen verdreht und Berechnungen einfach ignoriert, um politische Machtspielchen zu betreiben.

Worum geht es eigentlich? Gymnasium und Realschule platzen aus allen Nähten. Vor 30 Jahren gebaut für 700 Schüler, tummeln sich

heute in den Räumlichkeiten über 1200 junge Leute. Der alte Stadtrat beschloss deshalb im Herbst einen weiteren Anbau für das Schulzentrum. Damals war noch nicht bekannt, dass das gesamte Schulgebäude so marode ist, dass selbst optimistische Fachleute zweifeln, ob eine Renovierung noch sinnvoll ist (erste Kostenschätzung: mindestens 15-20 Millionen Euro).

Mit dem neuen Bürgermeister Armin Schaupp kam auch frischer Wind in die gesamte Schullandschaft. Alle städtischen Gebäude in Immenstadt werden oder wurden auf ihren Zustand und ihre energetische Substanz geprüft. Die Schulen schnitten allesamt nicht gut ab. Vernichtend das Urteil über das Schulzentrum an der Allgäuer Straße: Realschule und Gymnasium sind marode Bauruinen, so urteilt die neue Stadtbaumeisterin.

Also nicht renovieren, sondern neu bauen? Beide Optionen sind denkbar. Bürgermeister Armin Schaupp wollte deshalb den geplanten Anbau jetzt nicht errichten, sondern erst ein neues Schulkonzept für alle Immenstädter Schulen entwickeln, berechnen und ermitteln, wer mit Zuschüssen zu beteiligen ist.

Statt des Neu-Anbaues wollte er vorübergehend vier Klassenzimmer und drei Fachklassenräume für zwei Jahre in Form von Containern mieten (470.000 Euro Kosten). Die gewonnene Zeit wäre für zukunftsweisende Planung unbedingt notwendig. Für diese Vorschläge stimmte die Fraktion der SPD im Stadtrat geschlossen (mit Aktiven und Grünen) - gegen die Allianz der CSU, der Jungen Alternativen und der Freien Wähler.

Schaupp geht davon aus, dass im Falle eines Neubaus veränderbare Module im Passivhaus-Standard errichtet werden. Der Anbau, den die CSU nun im Stadtrat durchgedrückt hat, erfüllt diesen Standard bei weitem nicht. Er wird erheblich teurer und bautechnisch schon vor der Grundsteinlegung überholter Standard.

Das Schulzentrum an der Allgäuer Straße ist in einem bedenklichen Zustand. Muss ein Anbau verwirklicht werden?



**Themen  
dieser Ausgabe:**

**SPD-Landtagskandidat  
Kubatschka vorgestellt**

**An der Grunschule  
brennt es lichterloh**

**Will die CSU nur den  
Bürgermeister ärgern?**

**Energiekonzepte und  
Baukultur spielen auch  
im Allgäu eine Rolle**

**Interview: Armin Schaupp  
Schulzentrum - was nun?**

Unser Kommentar:

## CSU Immenstadt - mit Volldampf ins Abseits

Es ist klar erkennbar, dass es der CSU beim letzten Schlagabtausch im Stadtrat nicht um den neuen Schulanbau ging. Die Partei hat die Wahlniederlage noch nicht verdaut und versucht, dem neuen Bürgermeister gezielt Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wie wäre es sonst zu verstehen, dass zwei CSUler, die bei der Vorberatung noch für den Bürgermeister-Vorschlag votiert hatten (Arndt Botzenhardt und Paul Hartmann), bei der entscheidenden Abstimmung auf Parteilinie gezwungen wurden.

Wie kann es sein, dass ein frischgebackener Schulreferent (Rainer Hoffmann, CSU) sich eingehend in den diversen Arbeitsgruppen zum Thema Schule informiert und dann seine Stimme für den Rückschritt abgibt?

Tatsache ist also: Die Hardliner in CSU-Kreisen wollen dafür sorgen, dass Schaupp die ersten beiden Jahre nicht übersteht! So ist es aus dem CSU-Ortsverein zu vernehmen. Bei diesem Vorhaben können sie sich auf die



Die Ziele der CSU im Stadtrat kommentiert Peter Elgaß

Unerfahrenheit der beiden Jungen Alternativen-Stadträte und auf die »noch schwärzere CSU« im Stadtrat, die beiden Freien Wähler verlassen. Während Michael Immler

durch gezielte Störmanöver und Redebeiträge auf gewohnt niedrigstem Niveau glänzt, nervt sein Kollege Oliver Gammel durch ständige umständliche Nachfragen: »Das habe ich jetzt nicht verstanden, da müssen sie mir jetzt helfen...!«

Der neue demokratische und bürgernahe Stil Armin Schaupps passt den rechten Vertretern im Stadtrat wohl nicht. Sie boykottieren sogar die neu eingeführten Bürgerinformationen jeweils vor den Stadtratssitzungen. Dieses Angebot wird von den kommunalpolitisch Interessierten im Städtle sehr gut angenommen. Noch nie kamen so viele Zuhörer in die Info-Veranstaltungen und die Sitzungen des Stadtrates.

Diese Besucher registrieren sicher, was die Einpeitscher in der CSU mit ihrer Blockadepolitik bewirken wollen. Schade für die besonnenen Kräfte die es in der CSU auch gibt. Mal sehen, wie lange die diese schmerzhaft Grätsche aushalten (müssen).

## Ehrliche Kommunalpolitik und Solidarität



Armin Ländle berichtet aus dem Stadtrat

Für die SPD-Fraktion habe ich als Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 380 Punkte befürwortet. Dazu gab es einen Beitrag im Allgäuer Anzeigebblatt, der meine Aussage aus dem Zusammenhang riss. Zwei Leserbriefe befassten sich mit diesem verfälschten Bericht.

1. Die Feststellung wurde aus unserer dreiseitigen Stellungnahme zum Haushalt 2008 der Stadt Immenstadt in der Stadtratssitzung zusammenhanglos in der Zeitung zitiert.

2. Der Haushalt 2008 ist vom Volumen um 6,9 Millionen Euro geringer als der von 2007. Im Verwaltungshaushalt fehlen 2, 9 Millionen und nur durch Rücklagenauflösung in Höhe von 3,8 Mio. konnte der Haushalt 2008 ausgeglichen werden. Zur Sanierung und für die Zukunft sind Lösungen gefragt.

3. Die Unternehmensteuerreform des Bundes entlastet ab 2008 die Betriebe beträchtlich und führt zu einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen bei den Kommunen. Deshalb empfiehlt der Bayer. Gemeindetag den Kommunen eine Anhebung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer auf 380 Punkte. In Immenstadt liegt der Hebesatz seit 1982 bei 345 Punkten. Eine Anpassung könnte zur Lösung der Haushaltsprobleme der Stadt anteilig beitragen.

4. Betriebe fordern von einer Kommune eine nachhaltig funktionierende Infrastruktur und entsprechende Investitionen, die wiederum der Wirtschaft zu gute kommen. Ohne entsprechende Einnahmen ist dies nicht zu realisieren.

5. z.B. Burgberg hat 2008 den Hebesatz für die Gewerbesteuer bereits auf 380 Punkte angepasst.

6. In Immenstadt ist diese Anpassung zur Zeit im Stadtrat noch nicht mehrheitsfähig; aber die finanziellen Probleme der Stadt werden sich nicht von allein lösen. Nur sachliche und nicht persönliche Auseinandersetzungen aller Beteiligten können dazu beitragen.

Armin Ländle, Dipl. Oec.  
Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat

Der Ortsverein der SPD in Immenstadt wünscht allen Mitgliedern und Freunden schönen Urlaub oder erholsame Ferien.

### Einladung zum Roten Tisch

Da nicht alle von uns verweist sind, gibt es im Ortsverein auch im August Veranstaltungen: Am 29. August um 17 Uhr findet der Rote Tisch im AWO-Treff in der Sonthofener/Mummener Straße 22 statt. Thema: Ärztehaus in Immenstadt. Alle Interessierten sind dazu eingeladen!

### IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Immenstadt  
Vorsitzender: Peter Hausmann  
Redaktion: Peter Elgaß (V.i.S.d.P)  
Fotos: Volker Wille, Peter Elgaß, Fotolia

Redaktionsanschrift:  
Gnadenberger Weg 4,  
87509 Immenstadt

Artikel, die mit Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Interview mit Bürgermeister Armin Schaupp

# Schulzentrum – was jetzt?

**Immenstadt aktuell:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wenige Tage vor der vielzitierten 100-Tage-Marke für Sie als erster Bürgermeister in Immenstadt, gibt es Irritationen in der Bevölkerung. Pro oder Contra „Anbau an das Schulzentrum Allgäuer Straße“. Was ist wirklich los?

**Bürgermeister Armin Schaupp:** „Der Stadtrat der vorhergehenden Legislaturperiode hatte beschlossen, dass beim Gymnasium- bzw. Realschulkomplex ein weiterer Anbau erfolgen soll, um der erwarteten Raumnot im Jahr 2010 Paroli bieten zu können. Die Kalkulation des Ingenieurbüros lag bei ca. 2,1 Millionen Euro. Nach Durchführung der Ausschreibung gab es nun eine böse Überraschung: Es ergaben sich Mehrkosten von ca. 900.000 Euro, also stiegen die Gesamtkosten auf ca. drei Millionen für den Anbau. Dies belastet den Haushalt 2009 enorm. Darüber hinaus ist vorgesehen, in einem zweiten Bauabschnitt nochmals etwa eine Million in die Anpassung des bestehenden Gymnasium-/Realschulkomplexes zu investieren.“

**Immenstadt aktuell:** Eine gigantische Belastung für die Stadt. Macht es angesichts der Gerüchte um den Zustand des Altbaues noch Sinn, so viel Geld auszugeben? Angeblich soll der Anbau marode sein. Stimmt das?

**Schaupp:** Um diese Frage beantworten zu können, wurde eine eingehende bautechnische und funktionale Analyse des bestehenden Gebäudekomplexes vorgenommen. Die Wahrheit sieht so aus: Das Schulgebäude weist erhebliche Mängel auf. Es ist ein Fall

für die Generalsanierung. Besonders zu erwähnen sind: hoher Energiebedarf, kein zeitgemäßer Brandschutz, mangelnde Flexibilität und Abnutzung. Die Sanierungskosten belaufen sich nach derzeitiger Hochrechnung auf ca. 15 Millionen Euro. Bei Altbausanierungen sollte noch ein Kalkulationsrestrisikozuschlag von ca. 30 Prozent eingerechnet werden, so dass sich damit die zu erwartenden Kosten auf ca. 20 Millionen Euro erhöhen. Erkenntnisse übrigens, die im Stadtrat nicht bestritten wurden. Eine Sanierung unter laufendem Schulbetrieb ist aus baubetrieblichen Gründen (u.a. Asbestbelastung) nicht möglich.

**Immenstadt aktuell:** Nun hat der Stadtrat aber unter Federführung der CSU knapp mit 13 gegen 11 Stimmen beschlossen trotz der Teuerungen den Anbau zu verwirklichen. Gegen Ihre und die Empfehlung des Kämmerers.

**Schaupp:** Ich halte diesen Beschluss für eine krasse Fehlentscheidung. Wir haben in Immenstadt Arbeitsgruppen aus allen Schulen eingesetzt, die uns Wege zu einer zukunftsfähigen Schule erarbeiten sollen. Wir hätten uns Zeit können mit der Entscheidung, bis diese Arbeitsgruppen, die Verwaltung und die Fachleute uns ihre Beratungsergebnisse mitgeteilt haben. Wir hätten Container mit Klassen- und Fachräumen aufgestellt und uns zielgerichtet auf ein modernes, flexibles, anpassbares und energieeffizientes Schulzentrum konzentrieren können. Es wäre Spielraum für Verhandlungen mit dem Landkreis gewesen, und wir hätten uns auf gesicherte Zahlen verlassen können.



Bürgermeister Armin Schaupp nimmt Stellung zum Situation in den Schulgebäuden

Jetzt setzen wir ein Provisorium um, von dem wir nicht wissen, wie gut es in die zukünftige Schullandschaft passt.

**Immenstadt aktuell:** ...und was bedeutet das für andere dringende Pflichtaufgaben der Stadt?

**Schaupp:** Der Haushalt für 2009 ist durch den Anbau ans Gymnasium nahezu ausgeschöpft. Wir werden andere wichtige Aufgaben in die nächsten Jahre verschieben müssen. Was das bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen!

**Herr Bürgermeister,**  
vielen Dank für das Gespräch.



## Geselliges Treffen von ehemaligen und aktuellen Stadträten der SPD

Bei sommerlichen Temperaturen lud der Ortsvorstand der SPD Immenstadt ehemalige und derzeitige Stadträte zu einer Wanderung ins Werdensteiner Moos und zu einem Mittagessen ins Gasthaus Haxenwirt in Thanners ein. Auch die Ehefrauen waren bei diesem geselligen Anlass mit von der Partie. Auch wenn es ein rein »privater Anlass« war - ehemalige und

gegenwärtige Stadtpolitik spielte eine große Rolle. Es zeigte sich wie schon so oft: Die ehemaligen Stadträte verfolgen das Geschehen im Rathaus immer noch sehr genau. Bürgermeister Armin Schaupp, seine Amtseinführung und seine ersten Tage im Rathaus wurden genau analysiert, bevor es im Gänsemarsch auf den Lehrpfad ins Moos ging.

An der Grundschule brennt es lichterloh...

# ...unsere Kinder werden es ausbaden!

Die Unzufriedenheit von Eltern und Lehrern mit dem bayerischen Schulsystem gibt es seit Jahren. Nicht zuletzt beruht die Gründung des Elternforum Allgäu (efa) auf dieser Tatsache. Jetzt sind auch unsere beiden Grundschulen (Königsegg und Stein) von der Sparwut des Münchner Kultusministeriums betroffen. Eine ganze Klasse wird schlichtweg wegrationalisiert



Nicht nur im Gebälk der Königsegg-Grundschule kracht es - auch die Eltern machen ihrem Ärger Luft

Vier erste Klassen in der Königsegg-Grundschule und zwei erste Klassen in der Steiner Schule waren geplant. Nun brachte der Rückgang der Schüler auch in Immenstadt die Schulbehörde auf den Spartrip. 87 Erstklässler werden in Immenstadt eingeschult, 44 in Stein. Daraus resultierten bei vier Klassen in Immenstadt pro Klasse 22 Erstklässler und bei zwei Klassen in Stein ebenfalls 22 Erstklässler. Das hätte allen gut gefallen. Die Lehrer hätten Klassen, in denen konzentriert Unterricht gehalten werden könnte und die Eltern die Sicherheit, dass ihre Kinder ein ordentliches Lernumfeld hätten. Auch wenn es im Allgäu laut Schulamt Dorfschulen gibt, die mit 14 und 17 Schülern starten und noch bessere Bedingungen haben.

## Bildung per Rechenschieber

Das Oberallgäuer Schulamt im Städtle muss aber im Schnitt mindestens 23 Schüler je Klasse in den beiden Schulen unterbringen, das ist Minimum, vorgegeben vom Kultusminister. Also wurde schnell der Rechenschieber ausgepackt und das Ergebnis dieser Kalkulation: „Wir schicken sieben Erstklässler aus Immenstadt nach Stein, dann brauchen wir nur noch drei große Klassen im Immenstadt und haben zwei ordentliche Klassen in Stein“ lautete die Anweisung aus dem

Schulamt. 80 durch drei macht 27/26/26 in Immenstadt und 25/26 in Stein. Für das Schulamt eine perfekte Rechnung, denn über 30 Schüler pro Klasse dürfen es nicht werden. „Irgendwie müssen wir ja die kleinen Klassen draußen auf dem Land in den städtischen Schulen kompensieren“ versuchte der scheidende Schulamtsdirektor Reinhard

Schmidt bei einer Elternversammlung der beiden Grundschulen vor über hundert aufgebrauchten Vätern und Müttern zu erklären. Und beinahe hätten die Eltern auch noch auf diese Info-Veranstaltung verzichten müssen. Denn die Elternbeiräte hätten es gerne gesehen, wenn der eine oder andere zuständige Abgeordnete des Landtages bei der Versammlung zugegen gewesen wäre. Damit war Schulamtsdirektor Thomas Novy nicht einverstanden. „Das ist eine politische Veranstaltung!“, meinte er und sagte seine Teilnahme ab. Obwohl letztlich niemand aus dem Landtag anwesend war, blieb der oberste Schulmann der Kreise Lindau und Oberallgäu und der Stadt Kempten bei seiner negativen Haltung. Xxxx Schmidt, der statt seiner vom Schulamt geschickt worden war, entschuldigte den Leiter des Amtes bei den aufgebrauchten Eltern: „Er hat einen wichtigen privaten Termin...“

## Absichtliches Info-Defizit

Bürgermeister Armin Schaupp freute sich, dass zumindest der leitende Regierungsschuldirektor Bauer von der Regierung von Schwaben nach Immenstadt gefunden hatte - er ist allerdings für die Förderschulen zuständig. Und für die legte er sich auch kräftig ins Zeug. Die Eltern erfuhren vom ihm und von der Leiterin der Förderschule in Blai-chach Dinge, die ihnen so noch niemand erklärt hatte. Denn in Klassen mit höchstens 20 Schülern, mit vielen Zusatz-Stunden und mit einem gestreckten Lehrplan können Kinder, die Probleme an der Regelschule haben, Entwicklungsstörungen haben, oder sich einfach schwerer beim Lernen tun, besser und

Unser Kommentar:

## Herr Schneider bewegt sich - Richtung Mars!

Die SPD Immenstadt erlaubt sich, den unpräzisen Hinweis des Oberallgäuer Schulamtes „auf die Politik“ zu präzisieren: Gemeint ist das CSU-Kultusministerium und die miserable bayerische Schulpolitik. Gemeint ist die sture Beharrlichkeit an einem überkommen dreigliedrigen Schulsystem. Die Wut der Eltern und ihre gewollte Ohnmacht im Schulsystem ist mehr als verständlich. Zum Kuchenbacken beim Schulfest und als Zuschauer bei der Weihnachtsfeier taugen Eltern noch - aber

aus den wichtigen Fragen des Schulalltages haben sie sich gefälligst rauszuhalten. Die Staatsregierung bläst die freigewordenen Transrapid-Milliarden in den Ausbau der Hochschule, statt in das Schulsystem. Dabei stellt sich die Frage, wer die neuen Studienplätze belegen soll, wenn gerade an der Basis gespart wird.

Die bayerische SPD hat das besser Schulkonzept präsentiert. Immer wieder einmal „klaut“ die Staatsregierung den einen oder anderen Baustein aus der Schul-Kiste der Bayern-SPD (Beispiel: Ganztagsklassen) statt endlich neue moderne Wege zu gehen. Wer unser Schulsystem grundlegend verändern will, darf Ende September nicht mehr schwarz wählen. Kultusminister Siegfried Schneider hat die letzten Monate und Jahre in Sachen Schule „hinter dem Mond“ gelebt. Nun ist er aufgewacht und bewegt sich wieder: mit Schallgeschwindigkeit in Richtung Mars! **Peter Elgäß**

intensiver betreut werden als in der Grundschule. Durch mobile Einsatzkräfte kann die Förderschule sogar in den Grundschulen zusätzliche Hilfen geben. Voraussetzung ist allerdings, dass die Eltern zustimmen und die Förderschule die Kinder auf ihre Defizite testet.

Elf Kinder, die in die ersten Klassen in Immenstadt eingeschult werden, sind nach Meinung der Grundschule auf Förderunterricht angewiesen. Leider haben die Eltern keine Zustimmung zum Test der Förderschule gegeben. Der Grund wurde beim Elternabend in der Königsegg-Schule schnell klar: Die Eltern haben viel zu wenig Informationen zum Thema Förderschule. Sie bekommen diese Riesenchance für ihre Kinder nicht erläutert. Der Grund liegt auf der Hand: Die Förderschulen sind ausgelastet. Wenn mehr Kinder angemeldet würden, müsste der Freistaat neue Klassen einrichten und Lehrer zusätzlich einstellen. Beim Kultusministerium fehlen dafür aber sowohl der Wille als auch das Geld. Deshalb: „Sparsame Informationen – wenig Verständnis für Förderschulen – wenig Anmeldungen – keine neuen Klassen.“ Viele Förderschüler gehen im durchlässigen Schulsystem schon nach wenigen Jahren an die Regelschulen zurück und bewältigen dann die Schulkarriere problemlos. Diejeni-

gen, die trotz ihrer Probleme in der Regelschule bleiben, werden dagegen immer mehr abgehängt und erleben ihre Schulzeit vielfach als Verlierer in Frust und Angst.

### Taube Ohren beim Schulamt

Die über zweistündige Diskussion mit den Eltern aus beiden Grundschulen lief auf einem erstaunlich hohen Niveau ab. Elternbeiräte und Lehrer hatten sich eingehend informiert. Armin Schaupp brauchte sich als Moderator nicht zum Löwenbändiger machen. Allen im Raume war am Schluss der Diskussion klar, dass eine Kooperationsklasse mit weniger Schülern notwendig ist, in der die Kinder mit Lerndefiziten eingeschult werden sollten. Da das aber nur bei der Bildung von sechs Klassen machbar ist, stießen Eltern und Lehrer beim Schulamt auf taube Ohren. Von einem „nicht gestellten“, „verzögerten“ oder „falschen“ Antrag auf die Integrationsklasse war seitens des Schulamtes die Rede, von Terminproblemen und von internen Zwängen. Für eine solche Klasse sei es schon zu spät. Wenn man dieses Jahr im Herbst einen Antrag dafür stelle, könne man ja im Schuljahr 2009/2010 über die Notwendigkeiten neu nachdenken. Dass dabei im kommenden Schuljahr Kinder auf der Strecke

bleiben werden – das ist eben einfach so. Immer dann, wenn der Vertreter des Schulamtes und der Regierung von Schwaben zu klaren Aussagen gezwungen wurden, flüchteten sie in die stupide Formulierung: „Das können wir nicht beurteilen, da müssen Sie sich an die Politik wenden...!“

### Blick auf die eigene Karriere

Das Ergebnis der langen Diskussion, lässt sich ziemlich kompakt zusammenfassen: Das Schulamt funktioniert als „regionales Bollwerk“ des Kultusministeriums geben Eltern und viele Lehrer. Es hat klare Anweisungen, keinerlei Ausnahmen zuzulassen – selbst wenn die logisch erscheinen. Im Schulamt herrscht der Geist „vorausseilenden Gehorsams“. Bloß bei niemandem anecken, möglichst keine klaren Aussagen treffen und auf die eigene Karriere achten. Nach dem Muster des Kultusministers Siegfried Schneider auch klare Missstände noch schönreden und, wenn der Eltern-Protest nicht im Keime zu ersticken ist, auch mal massive Einschüchterung und unüberhörbare Drohungen gegen Elternbeiratsvorsitzende anzuwenden. Auf eine solche Behörde können wir im Allgäu wirklich verzichten. Stellen wir dafür lieber noch ein paar Lehrer ein.

## Schlechte Noten und ein Verweis für den Kultusminister in Altstädten

Kultusminister Siegfried Schneider besuchte vor wenigen Tagen das Oberallgäu im Rahmen einer Wahlkampf-Veranstaltung in Altstädten. Eingeladen hatte er Schulvertreter und Lehrer – direkt über die sonst so neutral titulierten Schuladressen. Die CSU-Wahlkämpfer mussten zu Beginn der Veranstaltung zusätzliche Stühle in den Saal schleppen. Sie hatten nicht mit einem solchen Andrang – und vor allem nicht mit so vielen Eltern gerechnet. Was eine Kundgebung für zahme Lehrer und Schulamtsvertreter werden sollte, wurde zu einer Generalabrechnung mit dem unzulänglichen bayerischen Schulsystem und einem Minister, der von einer Erklärungsnot in die andere stolperte. Dass er aus dieser Kundgebung mit einem blauen Auge herauskam, das lag allenfalls am

Mitleid, das die Besucher dem Minister entgegenbrachten. Die schüchternen Unterstützungsversuche der CSU-Getreuen im Saale verpufften ohne jede Wirkung. Sogar die sonst CSU-nahe Lokalzeitung stellte fest: „...es dauerte 20 Minuten, bis Schneider den ersten zaghaften Applaus einstreichen durfte“. Und dabei blieb es weitgehend. Von links und rechts wurden dem unsicher agierenden Minister die Schul-Versagen im Oberallgäu um die Ohren gehauen. Von Lehrern und Eltern gleichermaßen. Immer dann, wenn Siegfried Schneider Gelegenheit gehabt hätte, präzise zu kontern,



Kultusminister Siegfried Schneider macht seine Husaufgaben nicht. (Foto: Stmk)

eierte er um die Problematik herum oder ließ reihenweise konkrete Fragen – sogar von Bürgermeistern unbeantwortet. Er entschuldigte sich damit, dass er Details nicht ohne Unterlagen beurteilen könne. Eine durchweg fade Sache, lieber Herr Minister.

SPD-Landtags-Listenkandidat Markus Kubatschka aus Immenstadt hatte in weiser Voraussicht schon die richtige Reaktion auf Schneiders Auftritt in Altstädten am Eingang verteilt: Einen gedruckten Verweis wegen „Schulversagens auf ganzer Linie“. Nach dem Auftritt des Kultusministers waren sogar die CSU-Altgedienten still, die sich zuvor über die Aktion des SPD-Kandidaten so maßlos aufregt hatten. Einen Nachtrag gibt es noch zu machen: Schulamtsdirektor Thomas Novy, der sich mit fadenscheinigen „privaten Verpflichtungen“ aus der Diskussion der Elternbeiräte in Immenstadt herausgemogelt hatte, befand sich natürlich in Altstädten in der ersten Stuhldreihe. Das Gespräch mit den Immenstädter Eltern hatte er als „politische Veranstaltung“ titulierte, an der das Schulamt nicht teilnehmen dürfe. Schneiders schnöde Wahlkundgebung besuchte er dagegen gehorsam. Auf diese Diskrepanz angesprochen, erwiderte er brummig: „...es ist doch ganz was anderes, wenn der oberste Dienstherr zu uns kommt!“

Modernste Technik und überlieferte Baukultur sind keine Widersprüche

# Regionale Baukultur geht auch mit modernen Baustoffen

Da streiten wochenlang Gegner und Befürworter des schwarzen Hauses in Memmingen über Sinn und Unsinn eines Niedrigenergie-Quaders in einem historischen Stadtviertel. Baufachleute wählen regelmäßig eigenwillige Architekten-Kreationen zum Preisträgern auch im Allgäu. Und auch der Immenstädter Stadtrat genehmigt in Gnadenberg ein solches Gebäude. Wieviel »moderne Baukultur« brauchen wir eigentlich?

Vor allem die Ortsteile Immenstadts sind auf Einnahmen aus dem Tourismus angewiesen. Warum kommen diese Leute ausgerechnet nach Immenstadt? Überwiegend doch wegen der ländlichen Umgebung, dem dörflichen Charakter der Orte (z.B. Bühl), wegen des Alpsees und wegen des heimeligen historischen Stadtbildes in der Altstadt.

Diesen Eindruck prägen Häuser, Höfe, Bürgerhäuser und historische Gebäude, die es bei uns noch gibt. 600.000 Besucher im Bergbauernmuseum sprechen eine deutliche Sprache, was Touristen bei uns suchen und finden: überwiegend intakte Landschaft und gewachsene Ortsbilder.

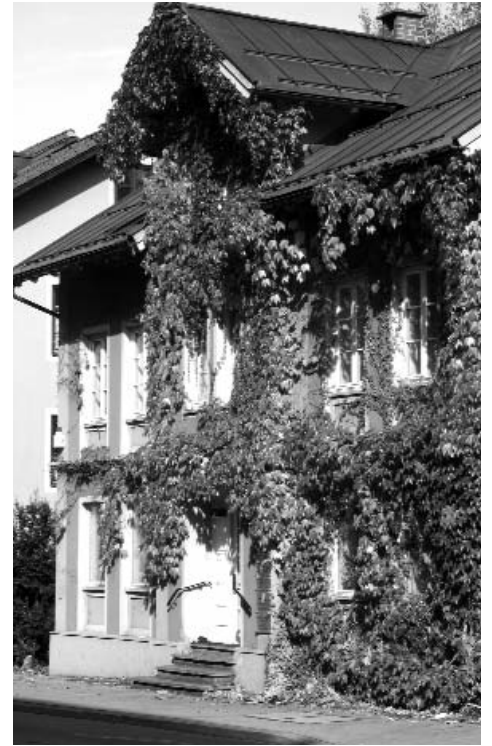
Warum sind wir stolz auf unser Städtle? Weil es sein Stadtbild erhalten und vorsichtig weiterentwickelt hat. Wer heute neu bauen will, der muss auf Baukosten achten und Fol-

gekosten genau berechnen. Niedrig-Energie und Passivhaus-Werte spielen eine wichtige Rolle. Trendige Architekten nutzen diese Fakten, Häuser zu entwerfen, die mit Ortsbild, gewachsener Baukultur und regionalem Charakter nichts mehr zu tun haben. Eine solche »Kiste« grüßt seit einigen Monaten vom Gnadenerger Hang herunter. Völlig losgelöst von seiner Umgebung, ohne Dachüberstände mit einem markanten Blechdach. Kaum jemand bezweifelt beim Einsatz von modernsten Baumaterialien, dass dieses Haus im Gegensatz zu den »alten« Gebäuden der Umgebung Passivhaus-Standard hat und seinen Bewohnern in den nächsten Jahren Energiekosten einsparen hilft.

Aber muss ein solches Wohnhaus, das in Form und Farbe überall, in der Innenstadt von Essen, im schwäbischen Waiblingen oder im britischen Birmingham stehen könnte in einer der schönsten Immenstädter Lagen so gebaut werden? Der Bühler Architekt Hans Seltmann brachte es kürzlich auf den Punkt: »Mit den heutigen Baumaterialien und einem durchdachten Konzept kann man Passivhaus-Werte in jeder Bauform erreichen.«

Und auch die federführenden Baumeister der neuen Holzbau-Kultur im Allgäu beweisen immer wieder: Überlieferte Bauformen, die sich nahtlos in unsere Orte einfügen, müssen keine viereckigen Klötze mit Schießscharten und Querverbretterung sein.

Ganz im Gegenteil. Unsere Altvorderen ha-



Dachüberstände können die Fassaden schützen

ben über hunderte von Jahren Bauformen und Häuser entwickelt, die Schneelast, Schlagregen, Eis und extreme Sonneneinstrahlung trotzen können. Vernünftige Dachüberstände, Kleinschindel-Verkleidung und Verwendung von heimischen Baumaterialien machten es möglich, dass Gebäude hunderte von Jahren alt werden konnten.

Wir müssen uns in Immenstadt Gedanken machen, Gymnasium und Realschule nach nur 30 Jahren Lebensdauer abzureißen. Der Begriff »Bauruine« fiel im Stadtrat mehrfach. Warum? Weil vieles, was vor 30 Jahren »modern« war, heute als Bausünde zu bezeichnen ist. Flachdächer haben immer eine begrenzte Lebensdauer. Wärmedämmung war in der Zeit der Energie-Gedankenlosigkeit kein wichtiges Thema. Es gibt Schulen die im 19. Jahrhundert entstanden und die bereits unter Denkmalschutz stehen und trotzdem noch ihre Aufgabe erfüllen. Eben weil sie die Regeln der Baukunst und der regionalen Bauästhetik und der Tradition vereinigen. Wir in Immenstadt waren der Meinung, mit dem Gymnasium eine Schule gebaut zu haben, die neue Horizonte schafft. Wir haben uns von traditionellen baukulturellen Werten diametral entfernt. Wind, Wetter, Sonne und Niederschläge haben uns gezeigt, dass es nicht immer richtig ist, jeder modischen Idee nachzulaufen. Daran sollten wir denken, wenn wir über Sanierung oder Neubau der Schule entscheiden. Bürgermeister Armin Schaupp fordert gründliche und funktionale Planung. Die Teuerung auf dem Energiesektor und die Reaktion auf immer schnellere Wandlungen im Schulsystem geben uns gründliche Hausaufgaben vor. Von der notwendigen »Finanzierbarkeit« gar nicht zu reden.

Peter Elgaß



Bauen im ländlichen Raum: Wieviel trendige Architektur mit Blechdach passt nach Gnadenberg?

# Wann wirds mal wieder richtig Winter? Wege aus der CO<sub>2</sub> - Problematik

Die globale Erwärmung ist auch bei uns zu beobachten: Zwar werden die Winter feuchter, aber auch wärmer, so dass der Schnee seltener wird. Die Sommer werden wärmer und trockener. Insgesamt werden mehr Extreme erwartet. Wir müssen uns auf häufigere Hitzewellen, längere Trockenphasen, massive Starkregen mit entsprechenden Überschwemmungen und häufigere und heftigere Stürme einstellen. SPD-Landtagskandidat Markus Kubatschka macht sich Gedanken über die Auswege aus dem Klima-Dilemma



Hochwasser 2005: Die Iller überschwemmte das gesamte Seifener Becken - ein Klimaproblem?

Der vielgepriesene böse Bube ist das Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>). Dies ist ein in großen Mengen hergestelltes Treibhausgas. CO<sub>2</sub> absorbiert Wärmestrahlung von der Erdoberfläche, die dadurch nicht in das Weltall emittiert wird und die Erde aufheizt. Die Aufheizung ist einerseits nötig, da sonst die Erde viel zu kalt wäre, aber momentan steuert die globale Erwärmung in Dimensionen, die Natur und Men-

schon massiv bedrohen. Doch wie kann diese Entwicklung aufgehalten werden? Italien, England und deutsche Unionspolitiker preisen die Kernkraft als Lösung des CO<sub>2</sub>-Problems an. Positiver Nebeneffekt sei zudem die unabhängige Energieversorgung. Tatsächlich produziert ein Kernkraftwerk weit weniger CO<sub>2</sub> als ein Braunkohlekraftwerk. Aber CO<sub>2</sub>-frei ist die Kernenergie nicht, wie

uns insbesondere Unionspolitiker und die Atomlobby gerne weismachen wollen. Bei der Brennelementherstellung wird CO<sub>2</sub> emittiert und zudem andere umweltgefährdende Stoffe benötigt. Uran ist genauso wie alle anderen fossilen Brennstoffe erstens endlich und zweitens müssen wir es importieren – Atomkraft garantiert uns weder eine unabhängige Energieversorgung noch die absolute Lösung des CO<sub>2</sub>-Problem. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass es ein erhebliches Entsorgungsproblem des Atommülls, sowie ein großes Risiko von Unfällen gibt.

Wer aber jetzt kapituliert, hat die Entwicklung der letzten Jahre verschlafen. Es gibt so viele Möglichkeiten, CO<sub>2</sub>-neutral Energie zu gewinnen, so dass wirklich für jeden etwas dabei ist. Biomasse, Biogas, Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme, Wellen, Gezeiten und Brennstoffzellen sind nur die bekanntesten und am meisten diskutierten Beispiele.

In diesem Zusammenhang ist vor allem die dezentrale Organisation der Energieversorgung wichtig. Zum Beispiel die Biomasse: Keiner kann wollen, dass Urwälder zerstört werden, um Ölpalmen für den europäischen Energiebedarf anzubauen. Der Einsatz genetisch veränderter Sojapflanzen in gigantischen Monokulturen in früheren Pampa- und Regenwaldgebieten zur Energiegewinnung ist der falsche Weg: Hier wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben, wobei nicht einmal gesagt ist, ob die Rodung des Regenwaldes nicht die positiven Effekte der Nutzung von Biosprit überkompensiert. Außerdem werden hier wertvolle Lebensmittel in den Tanks der Industrieländer verbrannt, wobei eindeutig Spekulation an der Rohstoffbörse die weltweiten Lebensmittelpreise am meisten in die Höhe treibt. Nach der geplatzten Immobilienblase in Amerika haben Spekulanten dies nun als neue Spielwiese entdeckt. Vielleicht wird ja die bayrische Landesbank demnächst einer der größten Lebensmittelhändler in Bayern.

(Fortsetzung letzte Seite)

## Markus Kubatschka, Immenstadts Landtagskandidat stellt sich vor



**Landtagskandidat  
Markus Kubatschka stellt sich vor**

Gymnasiallehrer 32 Jahre alt, ledig,  
SPD-Mitglied und Jusos-Vorstand im Allgäu.  
DAV-Mitglied, Hobbies: Tanzen, Schach,  
Schafkopfen, Theater und Umwelt.

Kontakt:

Sonthofener Straße 29, Immenstadt.  
markus.kubatschka@freenet.de

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

Ich bewerbe mich im Wahlkreis Lindau-Sonthofen als Zweitstimmenkandidat. Ich will mitwirken, ein umweltfreundliches, zukunftsorientiertes und soziales Bayern zu verwirklichen und im Landtag dafür kämpfen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind durch die sozialdemokratische Bayerische Verfassung besonders geschützt. Eine zukunftsweisende Energiepolitik ist von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen Energiesparen, höhere Energieeffizienz, erneuerbare Energien und eine dezentrale Energieversorgung – aber sozial verträglich, so dass Energiekosten sinken. Ich möchte mit meiner Arbeit Bayern ein Stück gerechter machen.

**Unterstützen Sie mich bitte  
mit Ihrer Stimme!**

- Liste 2, SPD  
Platz 22 Listenkandidat  
Markus Kubatschka
- Liste 2, SPD  
Bernd Haberkorn  
Direktkandidat  
Stimmkreis 710 -  
Lindau, Sonthofen

Aber es gibt ja auch noch andere Biomasse, die nicht als Lebensmittel nutzbar ist. Klärschlamm, Gülle, Fette und Öle, Stroh, unbehandelte Holzabfälle und sonstige Abfälle. Somit kann es sehr sinnvoll sein, dezentral kleine Biomasseanlagen aufzubauen, die durch regionale Kooperationen von Energieutzern und „Energiebauern“ oder anderweitigen Lieferanten von Biomasse versorgt und genutzt werden. Durch die kurzen Lieferwege wird die Umwelt geschont, Arbeitsplätze werden in der Region geschaffen und die Menschen bekommen wieder einen persönlichen Bezug zur Energie. Die Abhängigkeit von den großen Stromversorgern, die in Deutschland quasi Monopolstellung haben, nimmt ab. Wie inzwischen einige positive Beispiele vor allem in Schwaben zeigen, ist das langfristig eine tragbare und sogar billigere Lösung, als den Strom konventionell zu beziehen.

Hier ist die 750 Seelen-Gemeinde Jühnde im Landkreis Göttingen ein Musterbeispiel. Dieses Dorf hat seine Strom- und Wärmeversorgung komplett auf nachwachsende Rohstoffe umgestellt. Sie haben eine Biogasanlage, in der Gülle und Energiepflanzen vergärt werden und das entstehende Biogas (Methan  $\text{CH}_4$ ) dann verbrannt wird. Dadurch entstehen Strom und Wärme. Die Abwärme wird dann über Kraft-Wärme-Kopplung an einen Großteil der Haushalte für Warmwasser und Heizung geliefert.

Es ist in der Regel nicht sinnvoll, nur auf eine Energieart zu setzen. Die Kritiker haben nämlich durchaus recht mit der Aussage, dass wir nicht ganz Deutschland mit Raps bepflanzen können. Neben der Tatsache, dass auch wir Nahrungsmittel anbauen müssen, würde selbst diese Menge an Raps nicht ausreichen, um den großen Energiebedarf in Deutschland zu decken. Es gibt viel mehr Möglichkeiten: In windreichen Regionen sollten zusätzlich Windkraftwerke aufgestellt, in sonnenreichen Regionen (z. B. südlich der Donau) lohnen sich Stromgewinnung (Photovoltaik) und vor allem die Wärmeabgewinnung (Solarthermie) aus Sonnenstrahlung, außerdem kann man in Südbayern auf Erdwärme zurückgreifen.

Natürlich müssen wir die Energie auch effizient nutzen. Durch Einsparungen können wir unseren Energieverbrauch entscheidend senken, je nach Maßnahme um bis zu 90 Prozent. An erster Stelle steht die energetische Sanierung von Gebäuden, insbesondere die Dämmung von Außenwänden und Dächern. Neue Fenster, Dichtungen in Türen und neue Heizungsanlagen können Wunder bewirken. Oft muss man nicht einmal so weit gehen – allein durch eine kluge Einstellung der beste-



**Unsere Zukunft hängt vom Einsatz eines intelligenten »Energimixes« ab**

henden Heizungspumpen und -ventile können in Haushalten bis zu zehn Prozent Energie und damit Kosten gespart werden.

Bei Neubauten sollte von vorneherein eine energiesparende Bauweise angewendet werden. Die Südausrichtung von Dächern in den Bauvorschriften und damit die Installation von Solarwärme-Anlagen, gute Dämmung, Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel oder die Nutzung von Geländevorteilen sind Möglichkeiten bei Neubauten und teilweise auch bei Altbauten, Energieverbrauch und damit Kosten und  $\text{CO}_2$ -Ausstoß zu senken. Optimal sind Siedlungen, die durch dezentrale Energieversorgung unabhängig sind. Blockheizkraftwerke können zentral aufgestellt werden und die umliegenden Gebäude so mit Wärme, Strom und Warmwasser versorgt werden. Dies sollte bei der Planung aller Neubaugebiete befolgt werden. Aber auch in alten Siedlungsstrukturen sind solche Lösungen denkbar. In einigen Dörfern wird das bereits gemacht.

Bei der dezentralen Energieversorgung sind die Kommunen gefragt. Solche Vorgaben können in Flächennutzungsplänen festgeschrieben werden. Die kommunalen Sozialwohnungen sollten energetisch saniert werden, ohne dass die Miete daraufhin überproportional erhöht wird. Die Menschen in diesen Wohnungen dürfen durch die Sanierungen nicht gezwungen werden auszuziehen, da sie sich nicht mehr die erhöhte Miete leisten können. Auch ärmere Schichten sollten sich Umweltschutz leisten können. Wir sind schließlich nicht die Grünen, die Umweltpolitik nur für Besserverdiener macht.

Wichtig ist auch, dass die energetischen Häuser- und Wohnungssanierungen kein Draufzahlgeschäft für die Kommune wird! Land und Bund stehen hier in der Verantwortung durch entsprechende Förderungsmaßnahmen, energetische Gebäudesanierungen auch für arme Kommunen leistbar zu machen. Wolfgang Tiefensee hat vor kurzem angekündigt durch ein Investitionsprogramm die Liegenschaften des Bundes zu sanieren, wodurch einiges an Energiekosten eingespart werden

kann. Bund und Land werden nicht an solchen Förderprogrammen vorbeikommen, speziell mit der Aussicht eines Ölpreises von 200 Dollar pro Fass (Barrel) noch in diesem Jahr.

Durch wärmedämmende Maßnahmen werden ganz konkret Heizkosten eingespart, die Nebenkosten werden somit niedriger. Diese Nebenkosten werden in Sozialfällen (z. B. Hartz IV) von der Kommune gezahlt. Somit sollten alle Gebäude, die sich in öffentlichem Besitz befinden, überprüft und nötigenfalls energetisch saniert werden. Die Investition wird sich in der Regel innerhalb weniger Jahre auszahlen.

Durch die eingesparten Heizkosten können dann beispielsweise Solaranlagen quersubventioniert werden, mit dem positiven Effekt, dass die Abhängigkeit von den großen Energielieferanten sinkt. Einige Stadtwerke finanzieren über solche Quersubventionen schon lange unrentable, aber sinnvolle Projekte. Um sich aber die Einflussmöglichkeiten zu erhalten, dürfen die kommunalen Wohnungen aus kurzfristiger Finanznot nicht veräußert werden.

Gerade im Allgäu müssen wir prüfen, ob noch freie Wasserkraft-Kapazitäten für Wasserkraftwerke zu finden sind. Inzwischen richtet sich das Augenmerk nicht mehr auf die großen Flußkraftwerke - der Blick gilt viel mehr kleineren Laufkraftwerken, die dezentral und umweltfreundlich errichtet und in die Landschaft integriert werden können.

Ein weiteres wichtiges Argument für die Förderung der alternativen Energiegewinnung und der Energieeffizienz ist die oft nicht erwähnte Bedeutung für das Bruttosozialprodukt. Wegen der prognostizierten Sanierungsmaßnahmen wird auch in der Dämmmaterial- und in der Baubranche ein Aufschwung und speziell im Solar- und Windkraftbereich wird ein Boom erwartet. Investitionen in diese alternativen Wirtschaftszweige schafft neue Arbeitsplätze und liefert uns ein wertvolles Wissen. Deutschland hat einen großen Vorsprung und kann so auf internationalen Märkten punkten. Es werden also zukünftige Arbeitsplätze gesichert. Die deutsche Wirtschaft lebt seit langem von dem Qualitäts- und Wissensvorsprung in verschiedensten Sparten (z. B. Chemie, Maschinenbau). Dies ist nur ein kurzer Abriss der Möglichkeiten, um Energie zu gewinnen und einzusparen und die deutsche Wirtschaft dadurch auf Wachstum auszurichten. Das Wissen haben wir, wir müssen es nur umsetzen.

Fortschrittliche Politik ist ökologische und soziale Politik, die langfristig angelegt ist. Die Kombination von Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik ist die richtige und verwirklichte Umweltspolitik - und die gibt es nur bei